

A8 021777/2006/0120
 Verkehrsverbund Steiermark;
 Genehmigung einer Verlängerung
 der Finanzierungsvereinbarung über
 die Studienkarte für den Zeitraum
 vom 01.07.2009 bis 30.06.2010
 in Höhe von € 279.200,00

Graz, 25.06.2009

Finanz-, Beteiligungs-
 und Liegenschafts-
 ausschuss

Berichterstatter/in:

.....

**B e r i c h t
 an den
 G e m e i n d e r a t**

Seit dem Wintersemester 1996/97 wird den Studenten seitens des Verkehrsverbundes Steiermark die Studienkarte als Ersatzlösung für den Wegfall der Studentenfahrfahrt angeboten. Die letzte Vereinbarungsverlängerung ging mit 30.06.09 (Gemeinderatsbeschluss vom 18.09.2008) zu Ende.

Die Steirische Verkehrsverbund GmbH richtete nun das Ersuchen an die Stadt Graz, die gegenständliche Vereinbarung um zwei weitere Jahre mit jährlicher Kündigungsmöglichkeit bis zum 30. April für das darauf folgende Studienjahr, somit bis 30. Juni 2011, zu verlängern. Der Verkehrsverbund Steiermark war seinerzeit Mitinitiator dieser Maßnahme und Österreichweit auch einer der Vorreiter bei der Einführung.

Die erforderliche Subvention tragen der Bund (50%), das Land (30%) und die jeweiligen Uni/FH – Standort – Städte (20%). Bund, Land Steiermark sowie die anderen Uni-/FH-Standortstädte Leoben und Kapfenberg haben bereits ihre Zusage gegeben.

Das Produkt selbst („Semesterticket“) bietet maßgeschneiderte Laufzeiten (4-, 5- und 6-Monatsticket), wobei die Preisgrundlage die Verbund- Monatskarte abzüglich eines 38,5%igen Rabatts ist. Das Semesterticket ist attraktiv, wie folgende Entwicklung der Verkaufszahlen zeigt:

Studienjahr	verkaufte Stück	Veränderung gegenüber Vorjahr in %
2001/02	11.760	
2002/03	12.500	+ 6,3
2003/04	13.771	+ 10,2
2004/05	15.365	+ 11,6
2005/06	15.917	+ 3,6
2006/07	16.463	+ 3,4
2007/08	16.545	+ 0,5
2008/09	17.252	+ 4,3

Nutzen für die Stadt Graz:

- Verkehrsentlastung, besonders nach Einführung der blauen Zonen im Uni- bzw. TU-Viertel sind die Studenten vermehrt auf den ÖV umgestiegen.
- Positiver Umwelteffekt (Feinstaubproblematik)
- Mit 20% ist der Subventionsanteil der Stadt im Vergleich zum Gesamtnutzen gering (1€ Zuschuss Stadt Graz = 5 € Gesamtzuschuss)
- Die GVB profitiert von allen Verbund- VU mit Abstand am meisten vom Verkauf der Semestertickets mit einem Einnahmewert von rd. € 2 Mio. pro Studienjahr.

Unter Berücksichtigung der Tarifierhöhung seit 1. Juli 2009 die eine Erhöhung des Subventionsbedarfs um rund 6,1% bewirkt und unter der Annahme, dass sich die Verkaufszahlen der Studienkarten um durchschnittlich 2,7% (Jahresmittelwert der Verkaufsentwicklung 2008/09 jeweils verglichen mit dem Vorjahr) erhöhen, ergibt sich im Studienjahr 2009/10 folgender Subventionsbedarf:

Finanzierungspartner	EUR exkl. Ust. rund
Bund	636.600,--
Land Steiermark	437.900,--
Landeshauptstadt Graz	279.200,--
Stadt Kapfenberg	4.400,--
Stadt Leoben	8.300,--
Gesamt	1.366.400,--

Der Anteil der Stadt Graz belief sich demnach auf ca. € 279.200,-- (gegenüber Vorjahr 2008/2009: € 253.200,--). Bei der oben dargestellten Finanzmittelaufteilung wurde auch berücksichtigt, dass sowohl die Stadt Graz als auch das Land Steiermark einen Anteil der 6-Monatskarten tragen, für die der Bund keinen Stützungsbeitrag leistet (und zwar im Verhältnis 40:60).

Unter der Annahme einer Vereinbarungsverlängerung würde der Finanzmittelbedarf für das Studienjahr 2009/10 erstmals im Jahr 2010 anfallen (nach der Abrechnung für das Wintersemester 2009/10).

Derzeit bildet der Bezug der Familienbeihilfe Österreichweit die Zugangsberechtigung für die Studienkarte. In einem derzeit anhängigen Verfahren vor der EU- Kommission wird diese Voraussetzung auf Vereinbarkeit mit den bestehenden Europarechtlichen Vorschriften überprüft, wobei in absehbarer Zeit noch nicht mit einer Entscheidung zu rechnen ist.

Aufgrund des guten Erfolges der Studienkarte in den vorangegangenen Jahren und der möglicherweise künftig notwendigen Neustrukturierung dieses Modells wird vorgeschlagen, einer Verlängerung der Vereinbarung vorerst um ein weiteres Jahr bis zum 30. Juni 2010 zuzustimmen.

In einem parallelen gemeinsamen Geschäftsstück des Präsidialamtes und der Finanz- und Vermögensdirektion wird dem Gemeinderat ebenfalls in seiner Sitzung am 25.06.2009 im Sinne einer Förderung des öffentlichen Verkehrs sowie der Verbesserung sanfter bzw. umweltschonender Mobilität die Einführung eines Mobilitätsschecks für Grazer Studierende, die öffentliche Verkehrsmittel benutzen oder vom Carsharing Gebrauch machen, im WS 2009/2010 und SS 2010 zur Beschlussfassung vorgeschlagen.

Der Finanzmittelbedarf für das Studienjahr 2009/2010 in Höhe von € 279.200,-- wäre durch entsprechende Vorsorge im Voranschlag 2010 sicherzustellen.

Der Anteil, der dabei den Grazer Verkehrsbetrieben zugeschrieben wird (ca. 58% bzw. rd. € 161.936,--) ist von jenem Gesamtabgeltungsbetrag mit umfasst, der im abgeschlossenen Verkehrsfinanzierungsvertrag zwischen der Stadt Graz und der GRAZ AG, in Kraft seit 01.01.2008, vorgesehen ist.

Der Finanz-, Beteiligungs- und Liegenschaftsausschuss stellt den

A n t r a g,

der Gemeinderat wolle beschließen:

Gemäß § 45 Abs 2 Z 10 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967, LGBl 130/1967 idF LGBl 41/2008 wird die Verlängerung der Finanzierungsvereinbarung zwischen dem Bund, dem Land Steiermark und der Landeshauptstadt Graz über die Finanzierung einer Studienkarte im Verkehrsverbund Steiermark für die Zeit vom 1. 7. 2009 bis 30. 6. 2010 auf Basis der mit Stadtsenatsbeschluss vom 26. 7. 1996, GZ.: A 8 – K 94/1992-89, beschlossenen Vereinbarung genehmigt.

Der Finanzmittelbedarf für das Studienjahr 2009/10 beträgt max. € 279.200,-- und ist im Voranschlag 2010 entsprechend sicher zu stellen.

Der Anteil, der dabei den Grazer Verkehrsbetrieben zugeschrieben wird (ca. 58% bzw. rd. € 161.936,--) ist von jenem Gesamtabgeltungsbetrag mit umfasst, der im abgeschlossenen Verkehrsfinanzierungsvertrag zwischen der Stadt Graz und der GRAZ AG, in Kraft seit 01.01.2008, vorgesehen ist.

Die Bearbeiterin:

Der Abteilungsvorstand:

Mag. Susanne Radocha

Mag. Dr. Karl Kamper

Der Finanzreferent:

Stadtrat Univ. Doz. DI Dr. Gerhard Rüscher

Angenommen in der Sitzung des Finanz-, Beteiligungs-, und Liegenschaftsausschusses am

Der Vorsitzende:

Die Schriftführerin:

Der Antrag wurde in der heutigen <input type="checkbox"/> öffentl. <input type="checkbox"/> nicht öffentl. Gemeinderatssitzung
<input type="checkbox"/> bei Anwesenheit von GemeinderätInnen
<input type="checkbox"/> einstimmig <input type="checkbox"/> mehrheitlich (mit ... Stimmen / ... Gegenstimmen) angenommen.
<input type="checkbox"/> Beschlussdetails siehe Beiblatt
Graz, am
Der / Die SchriftführerIn: